

HUSUMER HORIZONTE STARTEN POLITIK-UNTERRICHT

Wählen trotz geistiger Behinderung

Wie steht es um das aktive Wahlrecht von Menschen mit Beeinträchtigungen? Eine Husumerin hat dies an der Uni Flensburg erforscht.

Die Behinderteneinrichtung Husumer Horizonte hat sich auf die Fahne geschrieben, Betroffenen zu so viel Selbstständigkeit wie möglich zu verhelfen. Das praktiziert sie unter anderem bereits mit ihrer Wohnschule, in der jeder lernt, sich selbst zu versorgen.

Nun wird ein neues Ziel angepackt. Die Husumer Horizonte fangen politische Bildung für geistig Behinderte an, um den nationalen und internationalen Vorschriften zur gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und bei Wahlentscheidungen zum Durchbruch zu verhelfen.

Den letzten Anstoß zum Start dieses langfristig angelegten Projektes gab eine Studie, die eine Studierende an der Flensburger Universität als Bachelor-Arbeit landesweit vorgenommen hat. Melina Agha, eine gebürtige Husumerin, nahm nach ihrem Abitur an der Uni in Flensburg ein Studium der Sonderpädagogik sowie für Wirtschaft und Politik auf. Einer ihrer Professoren empfahl ihr, die Chancen zur politischen Teilhabe geistig beeinträchtigter Menschen zu erforschen.

Melina Agha sprach im Frühjahr 2017 fünf Träger von Einrichtungen in fünf Landkreisen in Schleswig-Holstein an und konnte mit deren Hilfe 161 Frauen und Männer mit einer geistigen Beeinträchtigung im Alter von 18 bis 79 Jahren befragen. „Die Träger reagierten ausgesprochen interessiert und offen auf mein Vorhaben“, betont die junge Forscherin.

Ein Blick in die Ergebnisse: 83 Prozent wissen, dass es politische Wahlen gibt, aber 49 Prozent kennen ihre Bedeutung im demokratischen Prozess nicht.

Positiv bewertet Melina Agha, dass rund drei Viertel über grundlegende Kenntnisse verfügen, die sie vor allem aus den Medien bezogen. So liest die Hälfte von ihnen Zeitung. Und drei Viertel geben auch an, schon mal gewählt zu haben. Allerdings hat nur jeder Fünfte politische Veranstaltungen besucht.

Problematisch findet Melina Agha, dass sechs Prozent zur Antwort gaben, sie dürften gar nicht wählen. Zum Zeitpunkt der Studie waren tatsächlich jene Behinderte vom Wahlrecht ausgeschlossen, für die rechtliche Betreuer alle Angelegenheiten ihres Lebens regeln (Totalbetreuung) – ein Umstand, der bundesweit stets beklagt worden war, weil Manipulationen Tür und Tor geöffnet schienen. Diesen Ausschluss hat Schleswig-Holstein erst zur Landtagswahl 2017 abgeschafft. Darüber hinaus heißt es hinter vorgehaltener Hand, dass Wahlbenachrichtigungen einfach beiseite gelegt würden, schließlich mache es ja durchaus Mühe, den Betroffenen das ganze Procedere zu erklären.

Ganz anders die Reaktionen bei den Husumer Horizonten. Heidi Bartelt aus Fresendelf arbeitet dort als Fachkraft für Integration. Sie hat für Melina Agha die Befragung in zwei Schwabstedter Wohngruppen begleitet. Die Kooperation hat alle begeistert – der Beginn politischer Bildung mit jenen Bewohnern, die ihre Freude an diesem Thema entwickelt haben.

Autor: ax

